

BUS Ostschweiz AG nimmt Stellung zu Subventionsbezügen

Die Finanzkontrolle des Kantons St. Gallen hat bei der BUS Ostschweiz AG in Altstätten SG eine subventionsrechtliche Prüfung durchgeführt. Gemäss dieser soll das Unternehmen aus heutiger Sicht in den Jahren 2012 bis 2019 von Bund und Kanton zu hohe Subventionsbeiträge bezogen haben. Die Gewinne wurden in die Infrastruktur und die E-Mobilität investiert.

Im Jahr 2018 hat die Unternehmensgruppe BUS Ostschweiz AG ihre internen Finanzflüsse und Verrechnungen überprüft. Dabei wurden Strukturen und Prozesse entdeckt, welche nicht mehr den gängigen Standards entsprochen haben. Entsprechend nahmen der Verwaltungsrat und die Unternehmensleitung Anpassungen vor und setzten diese um. Für das Geschäftsjahr 2019 hat sich die BUS Ostschweiz AG zusammen mit der Revisionsstelle freiwillig für eine Pilotprüfung nach der Richtlinie Subventionsprüfung gemeldet. Die daraus gewonnenen Kenntnisse wurden per 1. Januar 2020 freiwillig und noch vor der Prüfung durch die Finanzkontrolle umgesetzt. «Uns ist es wichtig, dass wir alle Vorgaben lückenlos einhalten», erklärt Unternehmensleiter Roland Ochsner. Zu den getroffenen Anpassungen gehörte der Wechsel von der Verrechnung von pauschalen Ansätzen für das Mieten von Fahrzeugen, zur Verrechnung der effektiv anfallenden Kosten. Die vollzogenen Massnahmen dienen der Kostentransparenz innerhalb der Unternehmensgruppe und bewähren sich seit deren Einführung. Dies wird von der Finanzkontrolle im Berichtsentwurf auch entsprechend gewürdigt. Für das Geschäftsjahr 2020 gab es keine Beanstandungen mehr.

Subventionsrechtliche Prüfung durch die Finanzkontrolle

Im August 2020 hat das Volkswirtschaftsdepartement des Kantons St. Gallen die Finanzkontrolle beauftragt, eine subventionsrechtliche Prüfung bei der BUS Ostschweiz AG durchzuführen. Aktuell liegt dem Unternehmen ein Entwurf des Prüfungsberichts vor. Die BUS Ostschweiz AG hat bis zum 17. Dezember 2021 Gelegenheit zu den darin erhobenen Vorwürfen Stellung zu nehmen. Insbesondere wird im Bericht kritisiert, dass die BUS Ostschweiz AG abgeschriebene Fahrzeuge an eine Tochtergesellschaft verkaufte und diese aus heutiger Sicht zu überhöhten Ansätzen an die subventionierte Muttergesellschaft vermietete. Diese wiederum konnte dadurch von 2012 bis 2019 höhere Subventionsbeiträge beziehen. Der Umfang dürfte im Bereich von rund 3,5 Prozent der Subventionsbeiträge, respektive insgesamt 5,5 Millionen Franken liegen. Der erwirtschaftete Gewinn der Unternehmen wurde laufend in neue Mobilitätslösungen sowie in zeitgemässe Infrastruktur investiert. Verwaltungsratspräsident Daniel Wild versichert: «Es wurden weder Dividenden noch überhöhte Boni ausbezahlt. Der Gewinn floss immer wieder vollumfänglich in den öffentlichen Verkehr.»

Vergangenheit wird aufgearbeitet

Aus heutiger Sicht waren die früheren Vorgehensweisen in den Jahren 2012 bis 2019 ungeschickt. In der heutigen Zeit sind die früheren Strukturen und Vorgehensweisen klar nicht mehr akzeptiert. Deshalb fand vor bald zwei Jahren bei der BUS Ostschweiz AG auch ein entsprechender Systemwechsel statt. Unternehmensleiter Roland Ochsner ist überzeugt: «Wir sind mit der aktuellen Strategie auf dem richtigen Weg, kommunizieren transparent und müssen nun noch die Vergangenheit aufarbeiten.» Verwaltungsrat und Unternehmensleitung sind sehr interessiert daran, die noch offenen Fragen in Zusammenarbeit mit den Behörden zu klären. Ob die früheren Vorgehensweisen innerhalb der Unternehmensgruppe rechtliche oder finanzielle Folgen haben wird, ist aktuell noch nicht bekannt. Ein gruppeninterner Gewinn aus der Zurverfügungstellung der Fahrzeuge gibt es seit 2020 nicht mehr, was so auch von der Finanzkontrolle bestätigt wurde.